

Gerhard Schürer

Gewagt und verloren

Eine deutsche Biografie

*Enthaltend ein Gespräch mit Egon Krenz
und ein Nachwort von Herbert Graf*

edition ost

Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung
weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert,
vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-01863-2

1. Auflage 2014

© edition ost im Verlag Das Neue Berlin

Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Nach Vorlage der 4. bearbeiteten Auflage von Gerhard Schürers

»Gewagt und verloren – eine deutsche Biographie«, erschienen 1998
in den Frankfurter Oder Editionen

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,

unter Verwendung eines Fotos von ullstein bild-Meißner

www.edition-ost.de

Gespräch mit Egon Krenz

Schürers Name wurde bundesweit bekannt im Zusammenhang mit einer Analyse, zu der Sie, am 18. Oktober 1989 ins Amt des Generalsekretärs des ZK der SED gewählt, den Auftrag erteilten. Obgleich an diesem Papier mehrere Personen mitwirkten, ging es als »Schürer-Papier« in die Geschichte ein.

Ob und wie das Papier tatsächlich in die Geschichte eingeht, wird sich erst zeigen, wenn über die DDR einmal vorurteilsfrei gesprochen werden wird, wenn Fakten mehr gelten als Schmähungen. Bislang nutzen Politiker und Medien jene Analyse eher als Falschzeugnis über die DDR. Vor Jahren gründete ein CDU-Parteitag seine gesamte DDR-Schelte auf dieses Papier.

Wie ist das möglich? Das Papier war doch keine konterrevolutionäre Schrift.

Was in der Analyse im Konjunktiv steht, also in der Möglichkeitsform, wird von den DDR-Anklägern zum Indikativ gemacht. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR habe erklärt, so hieß es nun, »dass aufgrund des dramatischen Schuldenstands im ›kapitalistischen Ausland‹ bereits 1990 mit einer Zahlungsunfähigkeit der DDR zu rechnen war, die nur noch mit drastischen Maßnahmen wie einer Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent zu stoppen war«. Dies habe die DDR »faktisch unregierbar« gemacht. »Die DDR stand somit im Jahr 1989 kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch«, erklärten sachunkundige CDU-Obere.

Dem steht ein Tatsachenbericht der Deutschen Bundesbank entgegen: »Die internationalen Finanzmärkte sahen die Situation jedoch nicht als kritisch an. Sowohl

im Jahre 1988 als auch 1989 konnten die DDR-Banken Rekordbeträge im Ausland aufnehmen. [...] Netto, das heißt nach Abzug der Devisenreserven, erreichte die Verschuldung gegenüber den westlichen Ländern im Krisenjahr 1982 mit 25,1 Milliarden VM ihren Höhepunkt. Bis Ende 1985 ging sie auf 15,5 Milliarden DM zurück. Danach wuchs sie wieder an; Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung 19,9 Milliarden VM.«¹

Ungeachtet solcher realistischer Feststellungen lassen die DDR-Verleumder die falschen Zahlen im Umlauf. Ihnen bedeutet ein vergilbtes Papier aus dem Jahre 1989 mehr als die Erklärung einer offiziellen bundesdeutschen Autorität.

So ist das wohl. Aber was macht das für einen Sinn? Wir reden, wie Sie selber sagen, über vergilbtes Papier, also über Schnee von gestern.

Dies macht Sinn. So »begründen« sie beispielsweise seit nunmehr fast einem Vierteljahrhundert, warum Löhne und Renten im Osten geringer sein müssen als im Westen. Schuld sei allein die »Misswirtschaft der DDR«. Ich behaupte nicht, unsere Wirtschaft sei 1989 ohne ernsthafte Probleme gewesen sei. Aber pleite, wie mit Verweis auf jenes Papier behauptet wird, war die DDR ganz gewiss nicht. Der Kollaps der DDR-Industrie erfolgte nicht zu unserer Zeit, sondern zu Anfang der 90er Jahre. Der Kahlschlag war nicht einmal mit dem Niedergang nach den Weltkriegen zu vergleichen. Wurden 1919 noch 57 Prozent der Produktion des Vorkriegsjahres 1913 erreicht, waren es 1946 gegenüber dem Vorkriegsjahr 1939 immerhin noch 42 Prozent, während es 1994 gegenüber dem letzten DDR-Jahr 1989 nur noch 39 Prozent waren.

Sind das nicht die Schlachten von gestern, und zwar von beiden Seiten? Mich interessiert vorrangig die Entstehung jenes Papiers, sein historischer Platz und die Bewertung

aus heutiger Perspektive. Und zwar von einem exponierten Zeitzeugen und Beteiligten.

Ich habe, wie Sie schon merken, etwas gegen die Bezeichnung »Schürer-Papier«. Mit dieser Titulierung wird die darin enthaltene Analyse allein einer Person zugeschrieben, die gleichsam als Einzelkämpfer, als mutiger Reformier, einer Schar Dogmatiker entgegengestellt wird. Gegen eine derart abwegige Deutung hat sich Schürer, solange er gesundheitlich dazu noch in der Lage war, immer gewehrt.

Die Idee zu einem »Kassensturz« hatte übrigens Regierungschef Willi Stoph. Er ermunterte mich unmittelbar nach meiner Wahl zum SED-Generalsekretär, von den Verantwortlichen eine »ungeschminkte Analyse« der Wirtschaftslage zu fordern. Es wurde daraufhin eine von Gerhard Schürer und Alexander Schalck geleitete Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Zu ihr gehörten Außenhandelsminister Gerhard Beil, Finanzminister Ernst Höfner, der Leiter der Zentralverwaltung für Statistik Arno Donda und weitere Experten. Das von dieser Gruppe erarbeitete Dokument wurde nach ausführlicher Aussprache im Politbüro bestätigt. Dass Schürer und Schalck von verschiedenen Zahlen ausgingen, war nicht nur ärgerlich, es hat im Herbst '89 auch meine politische Handlungsfähigkeit stark beeinträchtigt.

Weil die tatsächliche Verschuldung der DDR um mehr als die Hälfte niedriger war als dort ausgewiesen, vertreten manche die Auffassung, die Verfasser des Papiers hätten absichtsvoll Panik machen wollen. Andere fragen auch: »Haben die Autoren mit Absicht den neuen Generalsekretär in die Irre schicken und ihn damit vor eine unlösbare Aufgabe stellen wollen? War dies im Sinne Moskaus? Oder hatten noch andere Dienste ihre Finger im Spiel und spitzten zweckdienlich zu? Wer hat da welchen Zug gemacht?«² Verschwörungstheorien sind mir zwar nicht fremd, aber ich halte mich lieber an Tatsachen.

Ich kannte die Einreicher der Vorlage persönlich. Auch wenn man niemandem ins Herz blicken kann, unterstelle ich keinem der Verfasser unredliche Absichten.

Tatsache aber bleibt, dass bis Mitte Oktober 1989 die tatsächliche Zahlungsbilanz der DDR weder der Regierung noch dem Politbüro bekannt war.

Das war so. Günter Mittag hütete die Zahlungsbilanz als sein persönliches Geheimnis. Niemand anderes als er sollte den Gesamtüberblick haben und die entscheidenden Zahlen kennen. Dies war für ihn ein Informationsvorteil, den er je nach subjektivem Ermessen nutzte. Erst als dieser Umstand beseitigt war, kamen Guthaben aus verschiedenen Quellen hervor, die einige der ursprünglichen Zahlen der Analyse zur Makulatur werden ließen.

Worauf zielte der »Kassensturz«? Ging es dabei ausschließlich um Innenpolitik?

Nein. Die Untersuchung wurde am 31. Oktober im Politbüro behandelt, am nächsten Tag war ein Treffen mit Gorbatschow vorgesehen. Ich wollte in Moskau ausloten, ob und auf welche Weise die sowjetische Führung bereit sein würde, ihren Verpflichtungen gegenüber der DDR nachzukommen. Die Rohstofflieferungen waren 1989 um 20 Prozent zurückgegangen. Besonders hart traf uns die weitere Reduzierung der Erdöllieferungen. Das hatte weitreichende Auswirkungen auf die Kontinuität der Produktion in der DDR und auch auf den Devisenhaushalt. Den Ausfall bei den Rohstoffen – auch andere RGW-Staaten waren säumig – mussten wir durch Einkäufe im westlichen Ausland kompensieren. Bei Hochtechnologien ging das legal nicht, das meiste, was die DDR benötigte, stand auf der westlichen Embargoliste³. Ich brauchte also unsere Analyse, um die sowjetische Führung auf die schwierige Situation der DDR aufmerksam zu machen, die jedoch nicht nur ökonomischen Ursprungs war, son-

dern auch durch das internationale politische Umfeld forciert wurde.

Die Analyse bilanzierte daher sowohl die bemerkenswerten Leistungen der DDR-Volkswirtschaft, die seit 1990 immer unterschlagen werden, als auch deren Mängel. Die jedoch werden aus Propagandagründen gern gebracht und dann auch noch übertrieben.

Wie man aus dem Volksvermögen⁴ der DDR von über 1,6 Billionen Mark einen vermeintlichen Schuldenberg von 400 Milliarden DM machen konnte, ist nicht nur mir ein Rätsel. Mit Ökonomie hat das wohl nichts zu tun, eher mit politischem Kalkül.

Ministerpräsident Stoph regte also einen Kassensturz an, Sie wollten Zahlen, um gegenüber Gorbatschow und auch gegenüber dem eigenen Volk mit soliden Zahlen aufwarten zu können. War's nur das?

Ich war am 18. Oktober nicht angetreten, um die DDR abzuschaffen, sondern um diese zu erneuern. Das Aktionsprogramm der SED⁵ enthielt Vorschläge, die durchaus eine Erneuerung hätten bringen können, wenn sie denn früher gekommen wären und von den Ereignissen um den 9. November nicht zu Makulatur gemacht worden wären. Diese Vorstellung sei Illusion, sagt man mir heute. Gut, am 8. November wusste niemand, was wir heute wissen. Ich dachte damals jedenfalls: Wenn die »Erneuerung« gelingen soll, muss die politische Führung der DDR wissen, welchen ökonomischen Spielraum es dafür gibt. Meine Hauptsorge war, dass die DDR unter das Diktat des Internationalen Währungsfonds kommen könnte, wenn wir nicht grundsätzlich gegensteuerten.

Es war nicht so sehr die Summe unserer Auslandsschulden, die für mich besorgniserregend war. Es war vielmehr die Tatsache, dass wir Verpflichtungen bei kapitalistischen Banken hatten. Sie setzten Kredite als politisches Kampfmittel gegen die DDR ein. Die Aussage, die DDR

könne »unregierbar« werden, hing mit der Befürchtung der Autoren der Analyse zusammen, die kapitalistischen Staaten, deren Banken uns Kredite gaben, würden die Situation im Herbst '89 ausnutzen, um den politischen und ökonomischen Druck auf die DDR zu verstärken. Ihr Ziel bestand ja immer darin, die DDR zu liquidieren. In Polen und Ungarn regierten schon der IWF und die Weltbank. Hätten diese Zugriff auf die DDR bekommen, dann hätten deren »Reformenweisungen« wirklich einen außergewöhnlichen Einschnitt in den Lebensstandard der DDR-Bürger bedeutet. Das musste verhindert werden.

Die Analyse war also keineswegs eine Bankrott-erklärung der DDR, sondern ein Weckruf an die DDR-Führung, endlich eine Wirtschaftsreform mit einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft zu beginnen. Sie ging nicht nur von der weiteren Existenz der DDR als souveränem Staat aus, sondern war auf dessen Stärkung gerichtet. Jeder Gedanke an eine »Wiedervereinigung« wurde in dem Papier zurückgewiesen.

Zwei brisante Thesen wurden allerdings gestrichen bzw. modifiziert: die unrealistische Idee einer Konföderation beider deutscher Staaten und der Vorschlag, 2004 in ganz Berlin Olympische Spiele durchzuführen. Wer nachträglich meint, das sei ein politischer Fehler gewesen, sollte sich daran erinnern, dass Ulbrichts Idee von einer Konföderation in den 50er Jahren am Widerstand der Bundesrepublik gescheitert war. Der Deutschlandplan der SPD 1958 wurde auf Druck der USA zurückgezogen. Und die Spiele waren nicht zu finanzieren.

Kurzum: Das »Schürer-Papier« entstand als eine kollektive Auskunft von Ministern und Staatssekretären an die DDR-Führung. An mehr war nicht gedacht.

Mag ja sein. Aber wie meist entwickelte auch dieses Papier ein Eigenleben.

Vielleicht noch zwei Anmerkungen: Die Analyse war für Sachverständige mit DDR-Ausbildung gemacht. Niemand konnte ahnen, dass sie einst von Leuten interpretiert werden wird, die nie eine komplexe volkswirtschaftliche Verantwortung in und für die DDR getragen haben. Was für die DDR spricht, streichen sie, ihnen genehme Angaben übertreiben sie. Viele der Interpreten kommen aus einer völlig anderen Welt. Ihr DDR-Bild formte sich in der Zeit der Systemkonfrontation. Sie tragen es bis heute unverändert in sich und suchen überall nach Bestätigung ihrer Vorurteile. Sie sind zum Teil gar nicht in der Lage, sich in das Denken von Ökonomen hineinzusetzen, die in der DDR ausgebildet worden waren. Alles, was nicht mit ihrer Vorstellung von Marktwirtschaft konform geht, bekommt das Etikett »marode«.

Und ferner: Die Daten der Deutschen Bundesbank belegen, dass die Autoren der Analyse 1989 – aus welchen Gründen auch immer – übertrieben haben. Schürer und Genossen hatten sich zwar befreit von der bisherigen Schönfärberei, praktizierten aber nun das Gegenteil: Sie glätteten nicht wie gewohnt, sondern spitzten zu. Dies war, vermute ich, der Absicht geschuldet, die politische Führung zu drängen, keine Zeit mehr zu verlieren.

Schürer selbst hat später wichtige Daten des Papiers richtiggestellt. So betrugen die Auslandsschulden der DDR nicht, wie behauptet, 49 Milliarden Valutamark, sondern 19,9 Milliarden, umgerechnet also keine zehn Milliarden Euro.

Auch über die innerstaatliche Verschuldung gibt es erhellende Angaben. Laut meinen eigenen Notizen von 1989 betrug sie pro Kopf etwa – nach heutiger Währung – 1.200 Euro in der DDR, in der Bundesrepublik 8.100 Euro.